



Wenn die Hamburger Arbeiterschaft, die in so kritischen Tagen in so bewundernswürdiger Weise die Besonnenheit bewahrt und ihre Überlegenheit bewiesen hat, sich auch dann nicht provozieren lassen wird. Alle anderen Darstellungen sind Fälschung und Lüge.

Über das „Domizil“ bräutet diese Entschlüsse, um das Vorgehen der Regierung vom Besonderen zu lösen, um mit der sich anschließenden der schon kurz nach dem Ausbruch des Streikrechts für die Eisenbahner findet die Billigung dieses Votums, das dabei die neue Entschlüsse bezieht, auch diese wirtschaftliche Bewegung, die bereits seit Monaten im Gange ist, mit den „politischen Umwälzungen“ in Zusammenhang zu bringen.

Über wie bräutet über den „Domizil“ nicht viel Worte zu verlieren. Wir brauchen seiner Schreckenshaftigkeit gegenüberzustellen wie ein bischöflich-dominikanisches Staat, das allerdings einen ausländischen Charakter hat, über die Wohlmeinlichkeit urteilt. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt unter dem Titel: „Es muß verhandelt werden!“

Nach der in Regimentskreisen verbreiteten Auffassung sollte es sich bei dem Umsturz in Hamburg um den Aufstand eines schon schon linksrevolutionären Volks handeln. Die Reichsleitung hatte gestern bereits Truppen unter der Führung des Generals Leuten-Warbeck nach Hamburg dirigiert. Wie bescheuert, soll der General die Weisung erhalten haben, sich mit den Aufständischen nur in Verhandlungen wegen der Übergabe der Stadt einzulassen. Wenn es den Vertretern der drei sozialdemokratischen Parteien von Hamburg wirklich nur darum zu tun gewesen ist, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, dann sollte es leicht möglich sein, eine Verständigung über die Rückgabe der Stadt zu erzielen. Wie unglücklich auf jeden Fall, daß die Krise unnötig gelähmt wurde, und mühsam daher der Reichsregierung, dem Führer der gegen Hamburg spezialisierten Truppen nicht zu engherzige Vollmacht für die Verhandlungen zu geben. Es muß vermieden werden, daß Hamburg von einem Bürgerkrieg Münchener Musters erreicht wird. Dieses Ziel muß und kann durch eine Verständigung erreicht werden. Wie haben aus den bisherigen Revolutionen gelernt, daß die Masse nicht immer die letzte Möglichkeit zur Schlichtung der Differenz gewesen ist, und wünschen nicht, daß dort Action-Verständigung Hamburg gegenüber nur als Militär handelt. Die Frage, ob von der Reichsleitung nicht ein Regierungsvertreter zur Schlichtung der Streitigkeiten hat entsendet werden können, wird zwar unabweisbar bleiben, wir haben es aber für zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit zu sagen, daß ein Militär nicht gerade besonders gut geeignet erscheint, in so kritischen Tagen mit der sehr schwierig zu behandelnden Arbeiterfrage einer Großstadt auf friedliche Art das Reine zu kommen.

Aber auch Herr Roske hat es verlernt, die Sprache zu sprechen, die mit Arbeitern verstanden werden muß.

Das Wort zitiert dann den bekannten Erlaß Roskes und fährt fort:

Wir sind die ersten, die die Notwendigkeit einer ruhigen Abwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Lebens über alles stellen, wir haben immer wieder und wieder die schönsten Beweise politischen und wirtschaftlichen Fortschritts demüßigt und wissen, nach wie vor, daß wir nur durch ruhige, feste Arbeit aus diesen Zusammenstößen herauskommen können. So, wie Herr Roske Kameraden zu Hilfe geht, darf man es aber nicht machen! Es geht auf eine weniger erfolgreiche Weise als die Frage nach unabweisbar lassen, ob Herr Roske sich nicht auch einmal etwas gemerkt über die durch Schamlose Mäuser zum höchsten getriebene wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung den Kopf geschoben hat. Wir verurteilen alle Gewaltthaten und Ausschreitungen, gleichviel, von wem sie begangen werden, halten es aber für unsere Pflicht, auch einmal etwas gemerkt nach den Motiven der Umruhr zu fragen.

Wir betonen es auch noch nicht als ausgemacht, daß die Annäherung in Hamburg nur aus dem Grunde angeordnet worden sind, um einen politischen Umsturz herbeizuführen. In diesem Falle hätten die Reichsleitungsgenossen sich kaum an den von den Betriebsräten getroffenen Maßnahmen beteiligt. Die von verschiedenen Seiten ausgedrückte Vermutung, daß die Knackhähne mit gütlichen Absichten hinter den

Vorgängen stehen würden, entkräftet eine Erklärung der Parteileitung der U. S. D., die telegraphisch der Reichsregierung übermittelt worden ist.

Und nun fragen wir die rechtssozialistischen Arbeiter, die noch den „Vorwärts“ lesen: fühlen sie nicht die ganze Schande, die für sie die Faltung ihres Organs bedeutet?

### Zu den Vorgängen im Vollzugsrat.

Wie uns berichtet wird, ist die Meldung von der Freilassung aller verhafteten Vollzugsräte, die offiziell mitgeteilt worden ist, nicht richtig. Die Genossen Neumann, Neuwirth, Malchow, Sommerfeld und Wegmann werden noch festgehalten. In der Nacht erschienen noch einmal Klotz mit Soldaten, um wieder eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Gefunden wurde natürlich gar nichts. Das Ledebur und Dämmig verhaftet sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ jubelnd verkündet, ist Unsinn.

Wir hoffen, daß auch die übrigen Verhafteten schnellig freigelassen werden, da die ganze Aktion gegen den Vollzugsrat nachgerade einen kindischen Charakter annimmt, trotz aller Versuche der Presse, das angebliche „Drama“ eines telephonierenden Angeklagten als unumstößlichen Beweis von dem Willen der allgemeinen deutschen Revolution anzugeben. Die Sache ist um so lächerlicher, als sie ja nur auf der gleichzeitigen Verletzung des Verschwörernisses und auf der erregten Phantasie eines politischen Wohl nicht gerade hervorragend geschulten Spießes beruht. Die weitere Festhaltung der völlig unbeteiligten Mitglieder des Vollzugsrats kann höchstens die Diagonale vergrößern.

### Die U. S. D. gegen die Fälschungen.

Die in der gestrigen Volksversammlung der Arbeiterräte von der U. S. D.-Fraktion vorgeschlagene Resolution hat folgenden Wortlaut:

In den 4 Kriegsjahren ist das deutsche Volk durch die Ueberwindung der militärischen Gewaltspolitik an den Rand des Abgrundes gebracht worden. Um dem Kriegszustand ein Ende zu machen und zu verhindern, daß das wirtschaftliche und kulturelle Leben Deutschlands völliger Ruine verfallt, mußte der vom Ententeimperialismus betriebene Gewaltstreik abgebrochen werden. Jetzt ist es die dringende Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes, den Kapitalismus und Militarismus zu beseitigen, das Wirtschaftsleben im sozialistischen Sinne aufzubauen. Diese Aufgabe wird durchwegs von einer, jeden Verantwortungsbewußtsein baren Militärdiktatur, die um jeden Preis ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten will. Sie bildet das Hindernis der Gegenwart, die die deutsche Arbeiterschaft der alten Unterdrückung und Ausbeutung unterwerfen möchte.

In der gegenwärtig erregten und aufgeregten Zeit vermeint die Militärdiktatur ihre dunklen und verfallenen Pläne verwirklichen zu können. Unter der Parole: „Der Schwandritze darf nicht untergeordnet werden,“ will sie zwar nicht den Kampf gegen den Ententeimperialismus, wohl aber gegen das eigene Volk aufnehmen. Nach humanistischem Wortsoll die deutsche Arbeiterschaft durch einen friedlichen Weg zur Demokratie voranzutreiben.

Sozialist und andere ehrwürdige Revolutionen im Dienste der Gegenwart und der Militärdiktatur zeigen zu Fälschungen und Zusammenrottungen auf, um der demokratischen Macht Kalog zum Einverständnis zu geben. Die Arbeiterschaft soll unter allen Umständen zu unbesonnenen Handlungen veranlaßt werden. Die Volksversammlung richtet daher an die Arbeiterschaft die dringende Mahnung, sich durch nichts provozieren zu lassen. Sie fordert die Arbeiterschaft auf, in diesen Tagen die Ruhe zu bewahren und damit die gegenrevolutionären Pläne zu durchkreuzen zu machen. Alle Versuche, die Arbeiterschaft zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, müssen abgelehnt werden. Die Volksversammlung spricht die Hoffnung aus, daß sich angrifflich des auferlegten Zerfalls der Militärdiktatur das Volkswort zu einer einheitlichen Kampfrichtung zusammenschließen, um im nächsten Kampfe gegen die Gegenrevolution dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

### Militärische Vorbereitungen.

Zwangweise Einberufungen. — Die Regierung schiebt ein „Rüchverhältnis“ vor.

Trotz aller Abfertigungsversuche der Regierung nehmen die zwangswise Einberufungen richtig ihren Fortgang. Jetzt verfährt sogar das Berliner Bezirkskommando Befehlsgewalt. Es ist klar, daß derartige Maßnahmen große Unruhe unter der Bevölkerung hervorrufen. Denn ganz abgesehen davon, daß die zwangswise Einberufungen ungleich sind, haben sie im strengsten Gegeniaz zu den Erklärungen der Regierung, die dauernd verkündet, sie plane keinen neuen Krieg; alle beratigen Vorbereitungen seien erlogen und dienen lediglich den Zwecken der Verbesserung.

Mittlerweile sind aber kaviel Dokumente bekannt geworden, daß die strikten Abfertigungsversuche der Regierung auch bei dem Dämmigen keinen Stand mehr finden. Die Regierung verläßt daher, die Vorbereitungen für den neuen Krieg auf ein — Rüchverhältnis zurückzuführen. Sie läßt zum Zwecke der Verbesserung durch W. L. B. folgende Erklärung veröffentlichen:

Berlin, 26. Juni.

In missverständlicher Auffassung einer Anweisung des Generalkommandos II. A. D., dessen Zweck es die Wehrfähigkeit für den Grenzschutz war, haben die Militärbehörden einige Sozialdemokratischen Kreise verurteilt, dessen Inhalt geeignet ist, die Ausführung heranzuführen. Die in den Kreisen angeordnete Meldung der Angehörigen des Bundesdienstes der Jahrgänge 1884 bis 1908 begründet lediglich eine Verweigerung der Einmündung, um einen Heberblick über die Zahl der zur Anwerbung verfügbaren Angehörigen des Bundesdienstes zu erhalten.

Diese Erklärung trägt den Stempel der Unvochtheit auf der Stirn. Die zwangswise Einberufungen sollen nicht lediglich vom 2., sondern auch von anderen Armeekorps aus. Außerdem werden ja auch schon in Berlin Wehrdienstleistungen verweigert. Die Werbung für die Freiwilligenverbände können gar nicht auf Grund der Stimmrollen erfolgen. Daß die Einberufungen mit Wissen und Willen der Regierung geschehen, geht auch aus folgendem Dokument hervor, das im Bereich des 1. Armeekorps verbreitet wird:

#### Aufforderung zur Wehrdienstleistung.

Für Herrn .....

Im Einvernehmen mit den Militärbehörden und mit dem parlamentarischen Wehrdienstauschuss sind alle wehrfähigen deutschen Männer der bedrohten Ostprovinzen zu den Waffen einzuberufen.

Sie werden daher aufgefordert, Ihrer vaterländischen Pflicht zu folgen und sich sofort bei der unten näher bezeichneten Dienststelle zu melden.

Der Kommandierende General, etc. Albrecht.

Es wäre interessant zu erfahren, wer hinter diesem parlamentarischen Aktionismus steckt. Die Regierung ist die Pflicht, darüber Ripp und klar Auskunft zu geben. Wenn sie es öffentlich damit meint, keinen neuen Krieg zu wollen, dann muß sie sofort vor aller Öffentlichkeit erklären, daß die ergangenen Befehlsgewalt ungleich sind. Sie muß die Militär- und Zivilbehörden, die derartige ungesetzliche Aufforderungen erteilen lassen, zur Rechenschaft ziehen und durch sofortige unabweisliche Maßnahmen zu erkennen geben, daß wir nicht einem neuen Krieg, sondern dem wirklichen Frieden entgegengehen.

### Die Furcht vor der Abrechnung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Eine Nachrichtenkorrespondenz verbreitet die Nachricht, die Reichsregierung beschäfte sich ernsthaft mit dem Gedanken, die Arbeiten der Nationalversammlung um bald für beendet zu erklären und Neuwahlen für einen Reichstag auszusprechen. Auf Grund einseitiger Behauptungen können wir mitteilen, daß an ausländischer Stelle von solchen

beständigen Nationen getrennt sind, wir richten an Euch in dieser Stunde, wo die Schranken fallen und die Grenzen sich wieder öffnen, einen Ruf, um unseren brüderlichen Bund wieder zu bilden, einen neuen, festesten, sicheren Bund als denjenigen, welcher vorher bestand. Der Krieg hat Bewußtsein in unsere Köpfe gestiftet. Die Notwendigkeit der Interaktionen haben ihre Weisheit und Kraft in den Dienst der Regierung gestellt. Wir wollen niemanden anfragen und keinen Vorwurf erheben. Wir kennen die Schwäche individueller Seelen und die elementare Kraft großer Kollektivbewegungen. Diese haben jene in einem Augenblicke weggeführt. Möge die Erklärung und wenigstens für die Zukunft dienen. Die Erklärung bezieht zum Schluß: Wir sehen offen die freie Wahrheit ohne Grenzen ohne Schranken, ohne Rassen oder Abstammung. Wir kennen keine Völker, wir kennen das Volk, das einzige universelle Volk, welches leidet, kämpft, fällt, sich wieder erhebt, das Volk aller Menschen, die alle gleichermaßen unsere Brüder sind. Damit können wir uns diese Weisheit zum Bewußtsein kommt, erheben wir über ihre blinden Kämpfe die Rede des Wandlers, den sollen einigen und vielfältigen ewigen Geist.

Der Appell ist unter anderem unterzeichnet von Garbasse (Frankreich), Professor Einkeil (Deutschland), Frederik van Eeden (Holland), Schoultz (Belgien), Professor Borel (Schweiz), Eben Rey, Selma Lagerlöf (Schweden), Professor Max Schumann, Heinrich Mann (Deutschland), Hermann Kolland (Frankreich), Bertrand Russell (England), Henry van de Velde (Belgien), Stefan Zweig (Österreich).

### Die Berliner Volkoper.

Bevor neue Theaterpläne wieder einmal auf den Tisch kommen, ist Professor Schilling schon lange in dem Sinne einer großen Volkoper für Berlin mitarbeitend. Es hat sich dafür ein Vorbereitungsausschuss gebildet, der es für gut hielt, mit dem Zweck so lange noch nicht an die Öffentlichkeit zu treten, als nicht feste, greifbare Grundlagen für die Ausführung vorhanden sind. Den Vorkurs haben wir von Anfang an ein Flah in dem Ausblick eingeschaut, auch worden Verhandlungen getroffen, wonach ein wesentlicher Teil der Höhe zu einem Einberufungspreis für das Gelingen der Vollführung bereitgehalten werden. Diese Pläne würden künftigen Arbeitern und Kugelkisten-Organisationen zugute kommen. Auch die Unterstützung in künstlerischer Hinsicht wurde angedacht. Wichtig ist auch, daß

### Die Behandlung der Krebskrankheit.

Von Prof. Dr. med. Johannes Orisk (Berlin).

Es geht wieder einmal durch die Zeitungen ein Aufsatz des Prof. Dr. med. Albert Adamkowitz (Wien), dessen Titel: „Der Krebsoperationen“, den Inhalt nur teilweise recht, da nicht nur die operative Behandlung für Zug und Trug erklärt wird, sondern auch von dem Radium behauptet wird, es verbeuge den Kranken gesund und sanft, aber wie von Krebs nicht.

Der Adamkowitz ist in der Krebsfrage Partei, denn er behauptet, nicht nur den Krebsoperateur entbehrt, sondern auch ein innerliches Heilmittel gegen die Krebskrankheit gefunden zu haben. Von der Anglizität Wissenschaft der ganzen Welt sind keine Hauptungen als unbedingte Grundgesetze worden. Daher die heimliche Mut des Herrn Adamkowitz auf die Medizin des 20. Jahrhunderts, der er nicht nur Hoch und Ehrenschändel, sondern auch Galileus, d. h. höchste kirchliche Verkommenheit zuweist. Was würden die Arbeiter sagen, wenn einer von ihnen aufwärtel und laut in den Zeitungen verkünden würde, alle Arbeiter seien Dürre, Mäher und Schweinefresser, er allein sei derjenige, welcher? So macht es aber Herr Adamkowitz mit seinen anglizischen Kollegen!

Herr Adamkowitz sagt die Unwahrscheinlichkeit, wenn er behauptet, werde durch Operation noch durch Radium (er meint offenbar Strahlentherapie überhaupt) ohne Krebs geheilt werden, und wenn nach einer einseitigen Operation der Kranke heile, sei dessen Tod nicht die Folge der Krankheit, sondern der Operation. Wenn Herr Adamkowitz in solcher Sprache auftreten will, so ist es seine verdammte Pflicht und Schandpflicht, sich in der Literatur umzusetzen, und dann muß er wissen, daß die Gefahren auch einseitiger Operationen lauter sind, wo wir die Gefahren der Strahlentherapie vermeiden gelernt haben, an sich nur noch zuzusetzen sind, er muß wissen, daß operative Krebsheilungen — unter Heilung eines Krebses versteht man in der Medizin, daß bei einer Krebsoperation behaltet Gewebe mindestens 6 Jahre lang von Erscheinungen der Krebskrankheit frei geblieben ist — in großer Zahl erregt worden sind. Selbst bei Magenkrebs, bei ungünstigen Verhältnissen dauern haben gelübte Operationen 15—20 Prozent Dauerheilungen bei Herrn Operationen ergibt; bei Gebärmutterkrebs sind 20—25 Prozent Heilungen etwas gemindert, bei Brustdrüsenkrebs sind sie noch etwas zahlreicher. Das ist ja gewiß noch lange nicht genug und darum sind die Kräfte

dauernd bemüht, einerseits die Krankheitsbehandlung durch den Zug sowie die Methoden der Krankheitsbehandlung zu verbessern, andererseits den Kranken und ihren Angehörigen klar zu machen, daß jene um so eher Heilung ihres Leidens finden können, je früher dessen Natur erkannt wird. d. h. je früher sachverständiger ärztlicher Rat in Anspruch genommen wird.

Sollte oder selbst die rechte Zeit hierzu verkannt worden sein, so ist immer noch nicht alles verloren, denn durch die Bekämpfung mit Radium, Röntgenstrahlen können auch noch in manchen (schweren) Fällen als Befreiungen erzielt werden, welche den armen Kranken das Leben immer noch zeitlich machen.

Die Bestrahlungsbekämpfung ist aber nicht Maß Sache der Chirurgen; es ist schon deshalb völlig sinnlos, wenn Herr Adamkowitz behauptet, die Kräfte blieben bei jeder Behandlungsmethode, damit einige Dutzend Chirurgen davon Vorteil hätten. Im übrigen: auch die Kräfte wollen selber leben und verdienen; wer will glauben, daß nicht jeder von ihnen selbst, ohne den Chirurgen oder Röntgenologen, seine Krebskrankheit heilen würde, — wenn es ein sicheres inneres Heilmittel gäbe?

Da liegt das Wunder! Herr Adamkowitz will verdienen und die ihm sogenannten Heilmittel bei den Kräfte seine Anhänger wollen es nicht lang, dann wendet er sich an die Kräfte und sagt: „bekannte Unwissenheit“ des Laienpublikums, um seine Worte an den Mann zu bringen und ein Geschäft zu machen. In die die weder Chirurg, noch Röntgenologe, ich habe kein inneres Heilmittel zu verzeihen, noch werde ich überhaupt ärztliche Praxis, ich werde also den Behandlungstragen durchaus uninteressant gegenüber, halte es aber für meine Pflicht, im Interesse der menschlichen Krebskranken, vor solchen, nur eigennützige Zwecke verfolgenden Kräfte, wie Herr Adamkowitz einer ist, auch eindringliche zu warnen und alle, die es angeht, davon in Kenntnis zu setzen, daß nur sachgerechte Vorsichtsmaßnahmen Anglizität und verstandene Bekämpfung der gegebenen Krankheitsfälle sachverständiger Sachverständiger den armen Kranken zum Gelingen kann.

### An die Gewerkschafter der ganzen Welt!

Die sozialistische Pariser Humanität veröffentlicht eine Erklärung von Intellektuellen, in der es heißt: Gewerkschafter, in der ganzen Welt zerstreute Gelehrten, die ihr seit fünf Jahren durch Herr, Benur und Koh der im Krieg

Klaffen nichts bekannt ist. Vor der Sommerpause, die Ende Juli beginnt, wird die erste Beratung der Steuerentwürfe stattfinden. Ob während der Sommerpause die Steuerentwürfe liegen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Es ist aber mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Anfang September wird dann die Nationalversammlung endgültig nach Berlin verlegt werden.

Die Bitte von dieser Regierung auch in etwas anderer Form kommen? Furcht vor dem Urteil der Volksstimme bestimmt ihre Haltung und deshalb kommt sie nicht an diese die wahre Stimmung der Bevölkerung veranschaulichende Nationalversammlung als ihres einzigen Fortes.

### Wie die Monarchie gehütet wird.

Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, sollten die sozialdemokratischen Mitglieder des Bochumer Stadiparlaments den Antrag, die Kaiserbilder aus den öffentlichen Schulen zu entfernen. Als darauf die bürgerlichen Mitglieder der Stadtverwaltung den Antrag ablehnte, beauftragte der dortige Arbeiterrat einige Sicherheitsmänner, die Bilder aus den Schulen zu entfernen und sie bei der Stadtverwaltung abzuliefern. Das ist geschehen. Und was hat der Magistrat? Er verleiht die Angelegenheit dem Staatsanwalt ein Gutachten zu beschaffen und Hausfriedensbrüche zu untersuchen. Und was hat der Staatsanwalt für sozialdemokratischen Republikaner? Er nimmt die Klage an.

Man sieht hieran, es steht bei den Behörden noch immer in Frage, wen man schätzen soll, die Monarchie oder die Republik. Man entscheidet sogar im antipolitischen Sinne und schlägt die Monarchie.

### Die neuen Steuervorlagen.

Weimar, 20. Juni.

Die Nationalversammlung hat folgende Gesetzentwürfe angenommen:

- Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919,
- Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögen zu wachse,
- Entwurf eines Grundwechsellagergesetzes,
- Entwurf eines Raubwechsellagergesetzes,
- Entwurf eines Vergütungsgesetzes,
- Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes,
- Entwurf eines Tabaksteuergesetzes,
- Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Zuckersteuer,
- Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes,
- Entwurf eines Spielartensteuergesetzes.

Wir werden auf diese Steuervorlagen noch zurückkommen. Vorweg sei bemerkt, daß eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern auf Lebensbedürfnisse, wie auf Zucker und Zündwaren, für die Vertreter der Arbeiterschaft ganz unannehmbar sind. Nicht eine neue Verbesserung der Lebensmittelbranchen wird, sondern den Abbau des Lebens und die energische Bekämpfung der Warenwirtschaft!

### Zur Neuwahl der Provinziallandtage.

Der Preussische Landtag hat von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der Neuwahlen für die Provinziallandtage bis zum 1. August vorschlägt. Das indirekte Wahlrecht der Kreis- und Stadtkreise ist beibehalten worden, nur soll in den Kreisversammlungen die Wahlrecht genommen und im Wahlkreis der neuen Provinziallandtage gewählt werden. Bei der Neuwahl mit dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Das Verlangen der neuen Provinziallandtage sollen alle Kommissarien und die Provinzialausschüsse neu besetzt werden. Das Verlangen bis auf weiteres keine Stellung für die Landtage beschließen. Die Provinzen Preußen, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz. Für diese Provinzen erhält das Staatsministerium die Ermächtigung, die Neuwahlen auszusprechen, soweit es dort die Verhältnisse erlauben. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß diese Vorlage in

wenigen Tagen von der Preussischen Landtagversammlung zum Beschluß erhoben wird, um unsere Genossen gut, sich schon jetzt auf diese Neuwahlen vorzubereiten und sich nach geeigneten Vertretern umzusehen. Das Haupt-Problem der Provinziallandtage ist, neben der provingialen Verwaltung, sozialpolitischer Natur, so die Ausführung der Armen- und Pflegeergänzungsbesche.

### Koste und das Verbot der „Republik“.

Von der Redaktion der „Republik“ wird uns mitgeteilt:

Am 26. d. sprach ein Mitglied des Volksrates wegen des Verbots der „Republik“ im Reichswehrministerium vor. Der Vertreter des Ministers erklärte: Vorläufig bleibe es bei dem Verbot der „Republik“, zu dem die gesamte Haltung des Volkes geführt habe. Der Artikel von Oskar Kanel „Seid bereit“ habe dem Volk den Boden ausgehoben. Die Regierung müsse sich vor einem Blatte schützen, in dem fortgesetzt die offene Gewaltanwendung zu ihrem Sturze propagiert wird. Koste sei zum Entgegenkommen bereit, wenn auch von anderer Seite lokal entgegengekommen werde. Auf die Frage, ob Koste Vertreter der Redaktion empfangen würde, erklärte man Koste würde nicht empfangen, wenn es sich bloß um eine Rechtfertigung der bisherigen Haltung des Blattes handelte. Wenn aber die Redaktion mit der Koste kommen sollte, schiebe eine Verhandlung zu suchen, in dem Sinne, wie Scheidemann es auf dem Parteitage in Weimar ausgeführt habe, dann würde eine neue Situation geschaffen.

Dazu erklärt die Redaktion der „Republik“, es sei unmöglich, daß die „Republik“ jemals die offene Gewaltanwendung zum Sturze dieser Regierung propagiert habe. Obenstehend sei nicht, daß der Kuffel von Oskar Kanel zur Gewalt auffordere. Schließlich sei es der Redaktion unbekannt, daß Scheidemann auf dem Parteitage überhaupt irgendein Programm aufgestellt oder irgend die Möglichkeit einer Verhandlung innerhalb der sozialistischen Parteien dargelegt hätte.

### Das Nachgeben der französischen Behörden.

Der Fall Scheuermann.

Der alldeutsche Kriegsheld Scheuermann wird kein Märtyrer werden und seine bürgerlichen Kollegen werden nicht nötig haben, die Hölle der Verurteilung zu verlassen. Die französische Regierung hat angeteilt, daß Scheuermann freigelassen wird.

Ob die deutsche Regierung nun auch die Forderung der dem Vorkriegsstand gehen wird, die die französische Regierung in diesem Fall gezeigt hat? Wird sie jetzt auch die Freilassung von Kadel, Agelrod und Gieseler anerkennen?

Und noch eine Frage: Welches Blatt wird uns in dieser Forderung unterstützen? Sind die „Vorwärts“? Einstweilen enthält sich die bürgerliche Presse, bis die Forderung politischer Gefangener in deutschen Gefängnissen mit ihrem Schweigen bürgert. Schließlich, daß der Friedensbericht-erstatte Scheuermann lieber gefesselt werden ist, was ihm zu einer ungewissen Beachtung verhilft.

### Die Minderungen in Frankfurt a. O. und ihre Ursache.

Gegenüber dem tendenziösen Bericht vom B. L. W. über die Minderungen in Frankfurt a. O. und ihre Ursachen erfahren wir von einem Augenzeugen, daß der Grund hierzu allein in der Mut der Bevölkerung über die unerbürden Preissteigerungen dortiger Lebensmittelwucherer sowie in der Aufreizung der Menge durch die dortige rechtssozialistische Partei gelegen habe.

### Jordaneer der Ausdehnungen in Landsberg a. W.

Landsberg (Warthe), 27. Juni. (W. B.)

Nachdem gestern gegen Mittag den Minderungen im Provinzialrat durch Einbringen einer Abteilung des Reichswehrministeriums 54 ein Ende gemacht worden war, dauerte die Regierung im Laufe des Tages an. Es wurde eine Einwohnerversammlung gebildet, an der sich die organisierte Arbeiter-

schaft, Reichswehrsoldaten und Unabhängige beteiligten. Im Laufe des Abends kam es zu Tumulten auf dem Marktplatz, die in Schieberorden ausarteten. Ein Mitglied der Gewerkschaft wurde erschossen, andere verletzt. Später wurde ein großes Konfessionsgeschäft, die Filiale der Berliner Firma Sandberger, vollständig ausgeplündert und die Lebensrichtung demoliert.

### Die Generalfreilichbewegung in den Ententeländern.

Verfaßt, 20. Juni.

„Humanität“ meldet, daß das Pariser der französischen Arbeiterverbände gestern eine Tagesordnung angenommen hat, worin die Arbeiterschaft daran erinnert wird, daß ihre Forderungen ausschließlich durch den Generalfreilich aller Länder und aller Verbände befristet werden. Es sei in Vorbereitung, um der bewaffneten Intervention in Russland ein Ende zu setzen. Die Vertreter der italienischen und französischen Arbeitergewerkschaften unternehmen angeblich Schritte bei den englischen Arbeiterorganisationen. Die Bewegung könne nicht beschränkt, nach ihre Form geändert werden, ohne den Gehalt in Frage zu stellen. Das aber wäre sozial und wirtschaftlich so bedenklich, daß jeder es erkennen müsse. Dese hat sei ein sofortiger Generalfreilich unmöglich.

### Verhandlungen der Entente mit Sowjet-Rußland.

Wien, 20. Juni.

Aus London wird gemeldet:

Wie die „Times“ melden, haben die amerikanischen Journalisten Walter und Steffens und Hauptmann Steffens Anfang Juni im Auftrage von Wilson, Oberst House und Lloyd George der Räte-Regierung in Moskau vorgeschlagen, neuerlich mit Verhandlungen zu beginnen. Es soll ein allgemeine Waffenstillstand geschlossen werden und eine Friedenskonferenz soll folgende Punkte behandeln:

1. Anerkennung aller tatsächlichen Regierungen in den besetzten russischen Gebieten, durch welche die Bevölkerung ihren Willen bekanntzugeben hat.
2. Verbot aller Unternehmungen, durch welche eine dieser Regierungen danach trachtet, eine andere zu beschleunigen.
3. Aufhebung der Blockade.
4. Wiederherstellung der Handelsbeziehungen.
5. Zur Verfügungstellung gleicher Teile aller Vorräte an allen Häfen ohne Unterschied.
6. Allgemeine Amnestie, die durch alle Regierungen zu erlassen ist.
7. Zurückziehung der alliierten Truppen.
8. Zurückführung der Truppenzahl der bolschewistischen und antibolschewistischen Heere auf Friedensstärke.
9. Anerkennung der Schulden des früheren zaristischen durch alle russischen Regierungen.
10. Freie Wahl des Außenbüros für alle Russen im ganzen Lande.
11. Rückführung aller Kriegsgefangenen nach dem Vaterlande.

Wie die „Times“ berichten, wollen England und Amerika das für hoffen, daß sich Frankreich mit diesem Abkommen ebenfalls zufrieden gibt.

### Keine Amnestie in der Schweiz.

(Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.)

Bern, 20. Juni.

Der Schweizerische Nationalrat hat in namentlicher Abstimmung gemäß dem Entschluß des Bundesrates und der Kommission mehrheitlich mit 180 gegen 18 Stimmen der sozialpolitischen und sozialdemokratischen Fraktion den Antrag auf Amnestie für die im Generalfreilich-Prozess Verurteilten abgelehnt. Ein Antrag Bertoni auf Erlass aller Ehrenstrafen wurde mit 134 gegen 18 Stimmen, ein Antrag Wolf auf Amnestierung aller seit 1. August 1914 von Militärgerichten Verurteilten mit 111 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Bestellung einer Druckerei. In der Zunftstr. 4 wurde gestern nachmittags eine Druckerei besetzt, in der angeblich die kommunistische Zeitschrift „Der Kämpfer“ gedruckt wird.

sammen, con-gressus und -konzertiert. Die Aktivisten haben es schwer; einer ihrer Führer sagte einmal: Wenn wir einmal erschossen werden, wissen wir nicht, ob von rechts oder von links. Den Würgern ein Bürgerkrieg, beinahe wie das, den Proletariern eine schmerzliche Scham, vielen ein Gelächter. Und Unreinigkeit in den eigenen Reihen. Unbedingt anerkennender oberer Grundhaft aber ist bleibt: Die Anstaltsarbeit der menschlichen Lebens. Und trotzdem Propaganda für rote Diktator! Wenn doch alle Persönlichkeiten schon so weit wären, daß Sozialismus und Kommunismus Weltanschauungen, Religionen sind, die nicht auf der Spitze der Wajonetten leben können. Man kann nicht Aktivist sein, ohne Sozialist zu sein, heißt es dann, aber die anwesenden Sozialisten hatten sehr gemilderte Empfindungen von diesem Sozialismus. Einige bedeutende Redner sollen erwähnt werden, die von Soobard und Gieder zum Thema „Gewalt“; das von Heitlicher zum Thema „Freiheit“; Goldschmidt über „Verhinderung der Verste“ und über „Kommunismus“; Tausch sehr beherzigendste Worte über bildende Kunst. Den Kongress beschloß ein programmatisches Referat des geistigen Arbeiters der aktivistische Bewegung über den Aufbau der neuen Gesellschaft. Publikum und Diskussionsredner sprachen oft aneinander vorbei.

F. G.

### Das Weib und der Hampelmann.

In den Kammertheatervorstellungen — oh nein, in den Kammertheatervorstellungen des „Deutschen Theaters“ wurde gestern als neues Sommerstück wieder einmal der tragikomische Ton des Mannes an der Strippe der Frau gezeigt. Es hätte nach dem Roman des als epistolisch-aphoristisch einformig geschätzten Franzosen Pierre de Marivaux ein guter Film werden können — auf der Bühne wirkt alles abgeschmackt. Spanische Flitter, Redensart, Müßel, Kasse, Kaffeebohnen, Matrosenmusik — es war alles aufgedröhrt und hätte im Kino mit einem spanischen Landstroläher bombigen Eindruck machen können. Der zu der Handlung gehörige Zeit hätte in wenigen Minuten auf der Leinwand Platz gehabt. In der irrlich dramatischen Bearbeitung, die hoffentlich bald der Verklärung weicht, mußte man gestern noch lange pedantische Gesprächsstücke schlingen. Welch ein Desaster der Bühnenkunst! — Leopoldine Konstantin verwendete alle sozialistische Beuht und Anbrunst ihres reichen Temperaments an eine junge Ignararbeiterin und Tängerin aus dem Hause der Carmen, die den Mann so lange ist und narzt, bis sie (auf offener Szene) mit Häuten verprügelt im

zu fügen winkeil. Der Geist des geistlosen Bearbeiters — es ist der Wiener, nicht der Regisseur Ludwig Hardt — geht damit wohl auf die allerplumpste Anwendung des mißverständlichen Begriffes. „Wenn du zum Weibe gehst, verliest du die Weisheit.“ Den lobelhaft reichen und bis aufs Blut gequälten Weibe habe, der als Hampelmann an der Strippe des raffinierten Weibes zappelt und dem erst am Ende die Schuld reißt. Hatte Theodore Loos mit den schmerzlichen Wärtin des Kinoprofessors aus. Er sollte sich bei seinem Mann um würdige Ansichten bemühen. Aus der teilweise sehr sinnvollen Schär der abstrusen „erotischen“ Mitwirkenden (Regie Vorhold Feld) wäre nur Max garet Kupfer als lupulose Mauer hervorzuheben. Das Publikum, das sich diesen entsetzlichen Zirkusredner noch im Kino sucht, blieb ziemlich kühl.

E. B.

Eine neue deutsche Nordpolarexpedition. Namen Dr. Meißner aus Danzig und Dr. Walter Weidner aus Halle, die gemeinsam in Petersmanns Mitteilung ihre Absichten und deren Begründung ausmündeten. Sie wollen das Gebiet um den Nordpol innerhalb des 84. Breitengrades in Angriff nehmen, und zwar mit dem modernen Hilfsmittel des Flugzeugs. Die Flugzeuge sollen mit Schwimmemen und an Bord noch mit Weibsen versehen sein, damit sie sowohl auf dem Meer wie auf dem Gese zu landen vermögen. Die Expedition soll von der Weibliche Seilbergens ausgehen.

Der erste allgemeine deutsche Kritiktentag tritt am Freitag, den 27. Juni, in Berlin im Rinklerhaus zusammen. Die Verhandlungen wollen einen Zusammenstoß aller Kräfte herbeiführen, ohne die zahlreichen Einzelvereine anzulassen, um dann als einheitliche Gesamtorganisation die gesamte Fachgenossenschaft gegenüber den sichgebenden Körpern (Schleichen und Parasiten) zu vertreten.

In der Volksbühne, Theater am Volkspark, wird am Dienstag, den 1. Juli, zum ersten Male die Fokier von Neel und Weidner „Der heilige Florian“ aufgeführt mit Grotte Bild, Guido Degeles u. a. Regie: Hans Zell.

Autus Sab, der bisherige Dramaturg der Volksbühne, legt Ende dieser Spielzeit diese Tätigkeit nieder, er behält jedoch die Leitung des Theaterseminars bei. Sein Nachfolger als Dramaturg ist der bisherige Direktor des Rinklerhaus Theaters, Dr. Johannes Mandus.

Carl Sternheims „Chronik von des jüdischen Hofes hundert Beginn“ sollte auf Antrag der Nationalversammlung heute abends wie die Novelle „Mirik“ nun auch eingezogen und unbrauchbar gemacht werden. Aber das Schicksal der Zeitungs hat beide Anträge abgelehnt und die Wände der „Chronik“ wie die Einzelausgabe „Mirik“ wieder freigegeben.

### Zum Antiochenkongress.

Tan und Tal — das ist hier die Frage. Es wimmelt jetzt von Kongressen: politische, internationalistische, sozialistische aller Art, aktivistische und andere mehr, es fehlt noch ein internationalistischer. Das ist ein schleichendes Zeichen; denn ein Kongress bezeichnet nicht den Abschluß als den Beginn einer Bewegung, sondern nur als einen Moment, wenn man nicht mehr zu wagen hat, kommt man zu

